

Soziale Verteidigung vorbereiten

Das Szenario „Sicherheit neu denken“ entwickeln und umsetzen

Von Theodor Ziegler. Veröffentlicht in: Zivilcourage Heft 2/2023

Wir fangen nicht bei Null an. Die Initiative „Sicherheit neu denken“ (SND) entstand 2019, nachdem 2018 das im Auftrag der Evangelischen Landeskirche in Baden erstellte Szenario „Sicherheit neu denken - Von der militärischen zur zivilen Sicherheitspolitik“ vorgestellt worden ist. Inzwischen sind es 50 Friedensorganisationen aus ganz Deutschland, die sich für die Entwicklung einer zivilen Sicherheitspolitik engagieren. (...)

Bei SND geht es darum, durch faire und nachhaltige Wirtschafts- und Konsumstrukturen und partnerschaftliche Umgangsweisen, auch zwischen den Staaten, Friedensvoraussetzungen zu schaffen. Für den Fall von Machtkonflikten, wie im Falle eines Putsches oder einer Besetzung durch eine fremde Macht wird auf die Möglichkeiten des zivilen Widerstandes verwiesen. Wir haben damals anstelle des Begriffs der „Sozialen Verteidigung“ den des „Zivilen Widerstandes“ gewählt, weil „Soziale Verteidigung“ für Nicht-Insider missverständlich ist - soll damit etwa die Verteidigung der Renten- oder der Krankenversicherung gemeint sein?

Die Forscher, die in den 1950er und 1960er Jahren über eine nichtmilitärische Verteidigung nachdachten - es waren vor allem Briten, Skandinavier, Deutsche -, taten dies, weil sie nach dem Zweiten Weltkrieg erkannten, dass eine territoriale

Verteidigung mit den modernen Massenvernichtungswaffen nicht mehr möglich und damit sinnlos ist.

Deshalb sahen sie als Alternative zur territorialen die soziale Verteidigung - aus drei Gründen:

- * Anstelle eines Territoriums wird ein Sozialwesen, eine freiheitlich - demokratische Gesellschaft verteidigt.
- * Die Verteidigung ist nicht Aufgabe von Soldaten, sondern des gesamten Sozialwesens, und damit aller Bürgerinnen und Bürger.
- * Die Verteidigung muss mit sozial verträglichen Methoden durchgeführt werden. Militärische Waffen verletzen, töten und zerstören. Sie sind damit ungeeignet, eine an den universellen Menschen rechte orientierte Gesellschaft zu verteidigen. Die Menschenrechte stehen in unserem Grundgesetz gleich am Beginn: Wenn laut Artikel 1 die Würde des Menschen unantastbar ist und nach Artikel 2 je dem Menschen, ob in Deutschland oder in der angreifenden Armee, das Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit zusteht, dann scheidet meines Erachtens schon aus rechtlichen Gründen eine Armee als Mittel der Verteidigung aus.

Die erste vertane Chance. Bereits wenige Jahre nach dem Zweiten Weltkrieg plante die westdeutsche Regierung unter CDU - Kanzler Adenauer den Aufbau einer „neuen Wehrmacht“, konzipiert von ehemaligen hohen Offizieren.

Dieses dann Bundeswehr genannte Militär wurde 1955 aufgestellt, nachdem dies durch eine Grundgesetzänderung rechtlich erlaubt worden war. Dass Deutschland in der Folge der Remilitarisierung einer der weltweit größten Waffenexporteure geworden ist, das war eine verheerende Fehlentscheidung.

Eine Frage an unsere politische Phantasie: Wie wäre die europäische und die Weltgeschichte verlaufen, hätte Deutschland als Konsequenz aus zwei entfachten Weltkriegen sich als militärfreies Staatswesen definiert und sich im Sinne der schon nach dem Ersten Weltkrieg von einigen Wissenschaftlern und friedensengagierten Menschen geforderten Entwicklung für den Aufbau einer gemeinsamen internationalen Polizei engagiert?

Nachdem ab 1956 auch noch die Wehrpflicht - oder exakter: der Kriegsdienstzwang unter Androhung lang jähriger Haftstrafen - eingeführt wurde, mußte sich der Staat an, die Gewissen der Kriegsdienstverweigerer zu prüfen. Eine beliebte Frage in diesen Inquisitionsverfahren war die, was der Antragssteller " (Kriegsdienstverweigerer) zu tun gedenke im Falle, dass „der Russe" käme. Hier eine plausible Antwort jenseits militärischer Gewaltanwendung geben zu können, wurde seitens der Prüfungsgremien als Indiz für eine ernsthafte Gewissensentscheidung gewertet. Infolgedessen befassten sich viele Kriegsdienstverweigerer mit diesen Fragen, ebenso die Berater und Beraterinnen der Friedensorganisationen und der Kirchen.

In der badischen Landeskirche entstand deshalb 1979 der Arbeitskreis Soziale Verteidigung. Auf regelmäßigen Treffen und Tagungen studierten pazifistisch eingestellte Menschen die Beispiele gewaltfreier Konfliktaustragungen wie Gandhis Freiheitskampf (der 1947 mit der Unabhängigkeit Indiens von Großbritannien endete) , den Widerstand im Ruhrkampf (gegen die französische und belgische Besetzung des Ruhrgebiets 1923 bis 1925) , die gewaltfreien Widerstände in Dänemark und Norwegen (gegen die deutsche Besetzung während des Zweiten Weltkriegs) , den Bürgerrechtskampf mit Martin Luther King an der Spitze (in den 1950er und 1960er Jahren in den USA) , den gewaltlosen Wider stand der Tschechoslowaken (gegen die sowjetische Besetzung 1968) , die Rosenkranzrevolution auf den Philippinen (1986 gegen das Marcos - Regime) usw.

Auf der Jahrestagung des Internationalen Versöhnungsbundes entwickelten wir die Idee zu einem bundesweiten Kongress für Soziale Verteidigung. Dieser fand 1988 mit 1200 Teilnehmerinnen und Teilnehmern im westfälischen Minden statt, woraus ein Jahr später der Bund für Soziale Verteidigung (BSV) gegründet wurde. Die Gründungsvorsitzenden waren Petra Kelly von den Grünen und Prof. Theodor Ebert, dem in Deutschland führenden Theoretiker zur Sozialen Verteidigung.

Als die BSV - Fachgruppe für die pädagogische Vermittlung des Konzeptes am 9. November 1989 in Villigst tagte, trauten wir unseren Augen nicht, als wir im Fernsehen den Fall der Berliner Mauer mitverfolgen konnten. Die Reihe der vorgenannten historischen Beispiele gewaltfreier Auf- und

Widerstände wurde damit im eigenen Lande um ein weiteres bereichert.

Theodor Ebert brachte den Wechsel der Problemstellung mit diesen Worten auf den Punkt: Jetzt geht es nicht mehr um die Frage, was wir machen, wenn der Russe " kommt, sondern was wir machen, wenn die Amerikaner bleiben.

Die zweite vertane Chance. Die sich mit dem Mauerfall ergebende zweite friedenspolitische Chance wurde verspielt. Deutschland hätte seine Armee nicht nur von 670 000 Soldaten in BRD und DDR auf 370 000 reduzieren sollen, was vor allem ein Wunsch Frankreichs und Großbritanniens war, sondern hätte der erste militärfreie Staat in Europa werden können. Auch hier die Phantasiefrage: Wie wäre die Geschichte weiter verlaufen ohne Bundeswehr, ohne Rüstungsexporte und vor allem ohne Nato - Osterweiterung...?

Die deutschen Außen- und Sicherheitspolitiker lechzten regelrecht danach, mehr - militärische - Verantwortung zu übernehmen und betrieben dies nach Art der Salami taktik. „Verantwortung“ ist dabei die euphemistische Umschreibung von militärischer Macht. Während bis dahin Jugendoffiziere in den Schulen nicht müde wurden zu sagen, die Bundeswehr sei nur zur Landesverteidigung da und, weil diese heute nicht mehr möglich sei, nur zur Kriegsverhütung durch Abschreckung, wurde die Bundeswehr zu einer „Armee im Einsatz“ umgewandelt. Eine „Friedensmission“ folgte der anderen - mit sehr fragwürdigen Ergebnissen.

Die große gewaltfreie Leistung der Friedens- und Bürgerrechtsbewegung in der DDR geriet darüber zunehmend in Vergessenheit und spielt in der heutigen Außen- und

Sicherheitspolitik leider keine Rolle mehr. Politiker der Ampel wie auch der CDU / CSU - Opposition fordern sogar eine Führungsrolle Deutschlands in der europäischen Militärpolitik.

Die dritte vertane Chance. Wohin die militärische Sicherheitspolitik führt, müssen wir angesichts des russischen Kriegs gegen die Ukraine mit Grauen beobachten.

Auch hier die Phantasiefrage: Wie wäre die Geschichte verlaufen, hätte sich die Selenski - Regierung am Beispiel der Tschechoslowakei 1968 orientiert? Und hätten die westlichen Staaten eine sich spontan gewaltlos verteidigende Ukraine mit der Hälfte der jetzt für den Krieg aufgewendeten Finanzen in diesem zivilen Widerstand unterstützt, möglicherweise der ukrainischen Regierung in Deutschland Exil angeboten?

Hunderttausende Menschen wäre noch am Leben, wären nicht verstümmelt, hätten noch eine Wohnung; die für den Wiederaufbau der Ukraine erforderlichen Hunderte Milliarden Euro müssten von den westlichen Staaten nach Kriegsende nicht aufgebracht werden.

Ich weiß: hätte, hätte, Fahrradkette ...

Die vierte zu ergreifende Chance. Trotz des regelrechten Militärsogs in der politischen, kirchlichen und medialen Öffentlichkeit beobachte ich auch eine wachsende Nachdenklichkeit über die Sinnhaftigkeit militärischer Friedenssicherung. Wir PazifistInnen, die wir Militär aus humanitären oder religiösen Gründen kategorisch ablehnen, so wie wir es auch mit der Todesstrafe und der Sklaverei tun, wir sollten initiativ werden für ein neues sicherheitspolitisches Denken, für eine zivile Sicherheitspolitik, die friedenslogisch

ist, also vom Ziel des Friedens her die notwendigen sicherheitspolitischen Entscheidungen fällt.

Für dieses Engagement brauchen wir ein Zieldatum und Schritte für diesen Weg, genauso wie bei der CO₂ - Reduktion. Die Initiative SND hat das Jahr 2040 als Zieljahr benannt und ihre Schritte mit Jahreszahlen zeitlich beschrieben. Neben einer fairen und nachhaltigen Wirtschaftspolitik geht es auch darum, inklusive Sicherheitsstrukturen, wie in Europa die OSZE oder global die Uno, zu stärken. Aktuell hat die SND - Fachgruppe dazu das Buch „Weltinnenpolitik und Internationale Polizei“ präsentiert. ...

Weil die militärische Verteidigung eines komplexen Industriestaates wie Deutschland nur um den Preis der Vernichtung möglich ist, müssen wir einüben, wie wir im Falle einer Okkupation, aber auch im Fall eines Putsches unsere Demokratie und die hier lebenden Menschen verteidigen. Theodor Ebert sprach davon, dass Soziale Verteidigung eine gesteigerte Normalität unter abnormalen Bedingungen bedeute und ein „Maßanzug für Demokratien“ sei. Jede und jeder bleibt auf ihrem bzw. seinem Platz und versucht, unsere Art der Lebensgestaltung und -organisation weiterzuführen ohne gewalttätig zu werden. Eine solche Gesellschaft entfalte, so Ebert, anstelle einer militärischen Abschreckung die die Gegenseite zu selbigem Tun reizt, eine Abhaltewirkung: Eine Okkupationsregierung muss sich erst überlegen, wie sie ihren Leuten beibringt, dass sie von uns bedroht werden.

Bei allen vorgenannten historischen Beispielen gewaltloser Verteidigung wurde diese spontan, der Not gehorchend ergriffen. Soziale Verteidigung bedeutet jedoch zum einen,

dass ein Land, eine Gesellschaft auf Militär generell verzichtet. Damit beraubt sie mögliche Aggressoren des Hauptgrundes für einen Angriff: sich gegen uns schützen zu müssen. Zum zweiten wird der zivile Widerstand nicht dem Zufall überlassen, sondern strukturell und personell vorbereitet. Eine so resiliente und im zivilen Widerstand eingeübte Gesellschaft dürfte für autokratische Aggressoren ein erhebliches Problem darstellen. Soziale Verteidigung reizt somit nicht zum Wettrüsten und lockt nicht zur Okkupation.

Alles, was ökologisch sinnvoll ist - z.B. eine möglichst dezentrale und autarke Energieversorgung und Lebensmittelproduktion -, ist auch für eine Soziale Verteidigung hilfreich. Ebenso spielt eine breite Friedensbildung zur gewaltfreien Konfliktaustragung eine wichtige Rolle für den innergesellschaftlichen Frieden, aber auch für ein gutes internationales Miteinander.

Eine Soziale Verteidigung im Sinne einer so vorbereiteten gewaltfreien Verteidigung gab es bisher noch nicht. Wenn wir keinen mehr Krieg wollen, müssen wir jedoch darauf hinarbeiten.

Der promovierte Religionspädagoge Theo Ziegler ist langjähriges DFG VK - Mitglied und Mitglied im Koordinierungskreis der Initiative „Sicherheit neu denken“. Auf den Abdruck der Fußnoten wurde hier verzichtet, sie sind in der Online - Veröffentlichung nachlesbar.